

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostpreußen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (mit Post 2 RM, halbjährlich 10 RM), durch die Post bezogen monatlich 1 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“ Dresden-2 / Reichsstraße 10 und Expedition: Dresdener-Postamt 2 / Fernsprechnummer 17 259 / Postfach Dresden Nr. 17 553, Emil Schlegel-Strasse 7 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Schließung: Dresden-2, Osterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: „Arbeiterstimme“ Dresden / Erscheinungstermin: Nachmittags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die erstmalig geplante Propaganda oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restanzeigen entsprechend an den dreizehntägigen Zeitpreisen 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Osterbahnhofstr. 7 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Schließung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Auszahlung des Resubskriptionspreises

3. Jahrgang

Freitag, den 25. Februar 1927

Nummer 47

„Es hilft kein Versteckspiel und kein Leugnen“ Die Sozialdemokratie bereitet den Kampf gegen die Sowjetunion vor

Die Sowjetgranatenkampagne der Sozialdemokratie hat ihren Höhepunkt erklommen. Zur selben Zeit, da das tonierlose, revolutionäre Regiment des Bürgerblodes keine Offensive mit voller Wucht gegen die deutsche Arbeiterklasse einleitet, Hunderttausende Arbeiter ausperlt, die Klassenjustiz berast tot, daß nicht Teile der Bourgeoisie protestieren müssen, weil das sozialdemokratische Schandpapier nichts Besseres für das Wohl der Arbeiterklasse, als seine Spalten mit erkuntenen Behauptungen über die angebliche Lieferung von Granaten aus der Sowjetunion an die Reichswehr zu fassen. Der „Vorwärts“ hat seinen Plan für die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse — denn er ist das Zentralorgan für die Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion. Der Vorwärts glaubt diese geschichtliche Wahrheit dadurch entkräften zu können, daß er die Sozialdemokratie keiner Kampagne vorwegnimmt und als kommunistisches Versteckspielmanöver zu „demastieren“ versucht.

Die Sache hat nur einen Haken. Ganz unabhängig von der Sowjetgranatenkampagne haben die Kommunisten bereits vor Jahren den Nachweis geführt, daß die SPD nichts Lehrlicher wünscht, als die Vernichtung der Sowjetunion. Und da die Forderung auf einen Sturz der proletarischen Diktatur von einem gleichem Maß ist — eben durch die imperialistische Interventionen. Der theoretische Führer der SPD, Kautsky, hat die Theorie geleistet, daß die Sozialdemokraten nicht nur das Recht haben die Pflicht haben jeden bewaffneten Aufstand gegen die Sowjetunion zu unterstützen. Die Sowjetgranatenkampagne der SPD ist nichts, was aus dem Rahmen der SPD herausfällt, ist nur die folgerichtige Anwendung der Theorie Kautskys und der Praxis der SPD auf eine ganz bestimmte Situation. Und diese Situation besteht eben in der augenblicklichen Verhältnisse der Interventionspolitik gegenüber der Sowjetunion. Der Vorwärts ist das einzige deutsche Blatt, das dies behauptet leugnet, das in Chamberlain den „Kriegenspieler von Vercorin“ preist, das in der deutschen Arbeiterklasse zuhause die empfindlichen Schlachtopfer als „Kriegenspieler“ und die „Kriegenspieler“ als „Kriegenspieler“ anzuweisen — und die die warnenden Reden des revolutionären Arbeiters Tscharkin als „rote Kriegspropaganda“.

Der Vorwärts möchte um jeden Preis für den Fall eines imperialistischen Überfalls gegen die Sowjetunion den Vorkriegsstand als den anstrengenden Teil hinstellen. Dies muß es im wesentlichen Gründe: Er ist es, um die Beteiligung Deutschlands an diesem Krieg gegen den bolschewistischen Imperialismus zu rechtfertigen. Der „bolschewistische Imperialismus“ ist in der Stunde des neuen 4. August dieselbe Rolle spielen, wie die grässliche Barbarei im Jahre 1914. Wann Hindenburg dann verkündet wird: „Ich kenne keine Parteien mehr“ — und Weis' Anreden; denn einzig sind wir im Kampf gegen den Bolschewismus; zweitens um die Standgerichte zu legitimieren die jene Arbeiter an die Wand stellen werden, die mit ihrem Leib sich vor die Sowjetunion stellen werden. Das ist die Erste, die aus der Granatenfrage aufsteht.

Zwei Tatsachen aus den letzten Tagen, die dies neuerdings beweisen: Es fand eine Sitzung der Exekutive der 2. Internationalen statt. Selbst dieser Generalstab der Sozialdemokratie mußte feststellen:

„Reaktionäre Kräfte wollen die chinesische Resolution als Vorwand gebrauchen, um die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abzubauen.“

Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist doch nichts anderes als die Eröffnung der Kriegshandlungen. Doch der Vorwärts erklärt: Nicht England, die Sowjetunion provoziert den Krieg.

Eine zweite Tatsache: Chamberlain kündigt als Einleitung zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen die Kündigung des Handelsabkommens mit der UdSSR an. Der englische Ministerpräsident, MacDonald, erklärt: Dagegen ist nichts einzuwenden. Wir sind überzeugt, daß der Vorwärts Chamberlain und Weis' zustimmen wird, „denn die Sowjetunion provoziert England, indem sie die chinesische Resolution unterstützt.“ Nichts in der Welt, auch tausend Sowjetgranatenkampagnen können nicht die politische Tatsache der Einseitigkeit zwischen der deutschen Sozialdemokratie und dem englischen Imperialismus am Vorabend des imperialistischen Krieges aus der Welt schaffen. „Da hilft kein Versteckspiel und kein Leugnen.“ Und nichts kann die deutschen Kommunisten hindern, den deutschen Arbeiter die Wahrheit über die Rolle der sozialdemokratischen Führer zu sagen: dies gelang nicht den Sozialdemokraten geschaffenen Staatsgerichtshofes und um so weniger dem verächtlichsten Blatte, das jemals die deutsche Arbeiterbewegung beschmutzt hat, dem Vorwärts.

Soweit der politische Zweck der Sowjetgranatenkampagne ist, die „Entschuldigungen“ selbst. Was für Beweise erbringt der

Vorwärts für die angebliche Granatenlieferung? Wir sehen den Vorlauf des „Dokuments“ her:

Wirtschaftskontor
G. m. b. H.
Berlin W 62, den 9. November 1926.
An die
Darmstädter und Nationalbank
Depositenkassa,
Werberstraße Markt.
Wir bitten Sie, der Prombank in Woskau, spätestens am 20. November d. J. in Woskau einreisend,
Tollar 50 000 (fünfzigtausend Tollar)
bei der Equitable Trust Company of New York per Kabel zur Verfügung zu stellen und die Equitair zu veranlassen, den Eingang des Betrages der Prombank für Konto Nr. 181 telegraphisch zu bestätigen. Der Depeschenspieler New York—Woskau gehen zu Lasten der Prombank.
Ihrer Buchungsaufgabe zu Lasten unseres laufenden Reichsmarktkontos sehen wir | H. entgegen.
Hochachtungsvoll
Wirtschaftskontor,
Unterschriften

Wir sehen davon ab, daß dieses „Dokument“ bereits vor zwei Monaten „enthalten“ wurde und auch aus einer der besten und berühmtesten Bücherverfassungen stammen kann. Glaubt den Deutschen, es ist echt! Welch sensationelle „Entschuldigungen“ zwischen Deutschland und Ausland bestehen Handelsbeziehungen, und infolgedessen auch im Geldverkehr. Und dieser wird in Dollar abgewickelt! (Wir wählten gar nicht, daß für den sozialdemokratischen Parteivorstand der Tollar der Inbegriff des Verächtlichen ist. Denn wir denken an die berühmte „Tollar-Lösche des Dawesvertrages“ und an die ungeheuren Tollar, die aus den schmierigen Händen Barons in die noch schmierigeren des Parteivorstandes fließen.) Der Vorwärts verlangt fälschlich, daß ihm geglaubt werden möge, daß die angeblichen Tollarüberweisungen der Bezahlung von Granaten dienen. Er vermag keinen einzigen Beweis dafür zu bringen. Aber — egal. Der sozialdemokratische Parteivorstand ist der Inbegriff der Wahrheitstheorie, was er behauptet, ist immer wahr!

Im Jahre 1914 hat er auch erklärt, daß ihr euch für eure Interessen zu Millionen erlösen lassen müßt. Hat er etwa gelogen?

Im Jahre 1918 hat er Weis' erklärt: Der Sozialismus hat gesiegt. Hat er etwa gelogen?

Im Jahre 1919 hat die SPD erklärt: Die Weimarer Verfassung lehrt dem Proletariat den mühseligen Aufstieg zum Sozialismus. „Die Nacht geht vom Volke aus.“ Hat sie etwa gelogen?

Im Jahre 1920 vor dem Rapp-Bußsch: Keine ist die Garantie, daß die Reichswehr republikanisch ist. Hat er etwa gelogen?

Im Jahre 1923: Die Reichswehrregulativ geht nicht gegen das rote Sachien, sondern das weiße Bagern. Hat er etwa gelogen?

Im Jahre 1924: Marx ist der beste Schutz für die Republik.

Im Jahre 1925: Der Völkerverbund ist der Hort des Friedens.

Im Jahre 1927: Die Koalitionspolitik ist der beste Schutz der Arbeiterklasse. Sie verhindert Bürgerblut und Ausbeutung.

Haben die Führer der SPD etwa gelogen? Wer ist so vermessend, nach lauter offenkundigen Tatsachen für die reine und unbedingte Wahrheitstheorie der Koste, Weis', Müller, Scheidemann und Stamper an ihren Behauptungen über die „Sowjetgranaten“ zu zweifeln?

Im Vorwärtigen Ausschuh des Reichstages haben die Kommunisten bei der Behandlung der sozialdemokratischen Entschuldigungen für die Herstellung der Öffentlichkeit gestimmt. Die sozialdemokratischen Wahrheitsspieler haben sich wohl geschützt, die Arbeiterklasse in ihre Karten bilden zu lassen. Denn weder sie noch ihr Bundesgenosse Scheidemann können irgend etwas beweisen, als das, was die deutsche Arbeiterklasse schon ohnehin weiß: Die Einheitsfront von Scheidemann bis Weis' rüft zum Krieg gegen Sowjetunion. Ein es glauben wir: Es existieren Dokumente über die „Sowjetgranaten“. In London und in der Vindictive. Diese Dokumente wird der Vorwärts nicht veröffentlichen. Aber die Arbeiter werden sie ebenso zu spüren bekommen wie am 4. August 1914.

In dieses Jahr fällt der 10. Jahrestag der proletarischen Diktatur. Die UdSSR ist zu einer Weltmacht der Arbeiterklasse geworden. Was wurde aus der SPD in dieser Zeit? Eine Handlangerin des Imperialismus, Sowjetunion und SPD. Zwei Pole der Arbeiterbewegung. Die Sowjetunion die Vorkämpferin der besten Erringung der Arbeiterklasse. Und auch diese geschichtliche Tatsache wird keine noch so verlorene Kampagne aus der Welt schaffen. „Da hilft kein Versteckspiel und kein Leugnen.“

Der Schwindel wird immer höher

Die Volkszeitung veröffentlicht gestern eine neue Seite zu dem Sowjetgranaten-Schwindel. Sie läßt sich aus Berlin mitteilen im Auswärtigen Ausschuh habe die Regierung große Entschuldigungen über die Sowjetgranatenangelegenheiten gemacht. Daß mit die SPD aber nicht in die Lage kam, dieses „glänzend“ Material auszunutzen, hat sie vorher die Vertraulichkeit der Sitzung beschlossen; damit die Regierung überhaupt rede, soll die Volkszeitung. Das Material, das die SPD dann von der Regierung erhalten, ist so glänzend gewesen, daß die SPD auf einmal Sehnsucht empfindet, mit der Diskussion Schluß zu machen. Der von Berlin dirigierte Artikel schreibt: „Die UdSSR kann in jeder Beziehung als abgeschlossen gelten.“

Ein paar frohe Drohungen, wie sie von ertrunkenen Schwindlern geendet werden, und die Sehnsucht nach Schluß, bevor die „Entschuldigungen“ der Schwindler noch katastrophaler wird.

Die Sozialdemokraten waren ausgesetzt, die KPD zu vernichten. Als entlarvte Kaufheulen, Lügner und Verleumdungsblätter lie auf der Strecke.

Der Angriff auf die Mieter Die SPD unterstützt den Mietwucherminister

Die Reichsregierung plant bekanntlich eine weitere starke Erhöhung der Mieten. Das Kabinett hat beschlossen, am 1. April die Mieten um 10 Prozent und am 1. Oktober um weitere 10 Prozent zu erhöhen. Das bedeutet: die Friedensmiete wird um 20 Prozent überschritten werden.

Daneben läuft der Kampf um die vollständige Freigabe der Wohnungen und Gewerberäume aus den Mieterkammerbestimmungen. In Berlin hat die Mieterkammerbestimmungen, die die gewerblichen Räume aus den Mieterkammerbestimmungen ausnimmt, eine große Menge Kleinrentner vernichtet. Diese Maßnahmen soll jetzt auch in Sachien durchgeführt werden. In Berlin war der Erfolg, daß die Mieten um 500 Prozent gesteigert wurden; in Sachien würde es nicht anders sein, wenn auch hier die Aufhebung erfolgt.

Die oben von uns bekanntgemachten Mieterhöhungen treffen die Arbeitermieter bei ihrem geringen Einkommen katastrophal; sie müssen sich diese erhöhten Mietbeträge am Rande absparen. Höhere Mieten, das bedeutet für die Arbeiter mehr Hunger. Die Aufgabe der Arbeiter und ihrer Organisationen ist es, sich diesem neuen Raub mit aller Kraft entgegenzustellen. Was aber haben die angeblich mieterfreundlichen Parteien getan? Gegen die Verordnung sind im Preussischen Landtag die Demokraten und die Sozialdemokraten ausgetreten. Der Landtag hat aber mit einer Mehrheit von 80 Stimmen die Verordnung angenommen. Der nächste Weg muß der Angriff auf die Regierung sein. Die Kommunisten brachten einen Antrag ein, der die Mieter von keinem Posten entfernen sollte. Für diesen Antrag hätte sich vielleicht eine Mehrheit zustande

bringen lassen, wenn die Demokraten und die Sozialdemokraten nicht nur ein Mandat gegen die Wähler hätten durchführen wollen. Als über den Mietauflagenantrag gegen den Wohlfahrtsminister abgestimmt wurde, stimmten die Demokraten und auch die Sozialdemokraten gegen diesen Mietauflagenantrag. Sie unterstützen den Mietwucherminister. Heilmann, der Redner der SPD, nannte den Mietauflagenantrag gegen die Mieter „eine Unterstützung der Kapitalisten“.

Jetzt hat die SPD zwar im Reichstag gefordert, daß die Mieterhöhung nicht durchgeführt werden solle. Im Reichstag markiert die SPD Opposition; dort gibt sie an, für die Mieter einzutreten, dort, wo sie aber, wie in Preußen, in der Regierung ist, dort ist sie für die Bewahrung der Mieter, dort läßt sie jeden ernsthaften Kampf gegen die Ausplünderung der Mieter ab.

Den Kampf gegen den Wucher und die immer stärkere Belastung können nur die Massen unter der Führung der einzigen Partei, die ernsthaft gegen die Wuchergänge der Hausbesitzer führt, mit der KPD führen.

Der Kampf darf nicht zu Ende sein. Die Arbeiter müssen vor allen Dingen jetzt die Gewerkschaften zwingen, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Der neue Angriff auf die Taschen der Arbeiter muß mit einer entsprechenden Lohnforderung beantwortet werden.

Jetzt gilt es kein Zögern, die breiteste Front aller Betroffenen muß zusammenziehen, um den gemeinsamen Kampf anzunehmen.

oson
anzüge
ke
ppen
osen
zügen
zügen
manie
Köber
euben
181
ouig
agner
e
pffel
ig
ECC
HOF
ur 3.78
82
ten
ng
79